

Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk

Verleger:
Gebr. Krahob, Dresden
und Schöf. Staatsbank.

Postfachkonto: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1268.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis einschließlich Frangobriefen mit den wöchentlichen Beilagen "Nach der Arbeit" und "Wolk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 25 961.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 20 mm breite Korporationszeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Kellereizeile 150 Goldpf., für an-
ständige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen-
u. Mietsuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Goldpf.

Nr. 169

Dresden, Dienstag den 22. Juli 1924

35. Jahrg.

Amerika und die Sanktionen

Trotz den erheblichen Schwierigkeiten, die sich bei den Verhandlungen in London ergeben, ist doch die Konferenz ein erhebliches Stück vorwärts gekommen. Wie bereits gestern ausführlich berichtet wurde, ist über die Sanktionsfrage im wesentlichen eine Einigung erzielt. Das Zustandekommen einer Verständigung ist zum guten Teil dem Einfluß der Vereinigten Staaten zu verdanken. Amerika hat ein starkes Interesse an der Annahme des Sachverständigengutachtens und unter dem Einfluß amerikanischer Finanzleute hat ja auch das Sachverständigengutachten seine gegenwärtige Gestalt zum guten Teil erhalten. Amerika ist wirtschaftlich der größte Gewinner des Weltkrieges. Auch die Vereinigten Staaten haben in der Nachkriegszeit schwere Wirtschaftskrisen durchgemacht. Aber die wirtschaftliche Modifikation des Landes nahm sehr stark zu. Amerika hatte seit dem Kriegsende eine aktive Handelsbilanz, und während es früher ein Zahlungsrückstand war, überwiegen jetzt die Summen, die es von Europa zu bekommen hat, bei weitem seine Schulden. Amerikas Zahlungsbilanz ist deshalb in hohem Maße aktiv.

Aber es zeigte sich in den letzten Jahren, daß ein solcher günstiger Stand der Zahlungsbilanz von zweifelhaftem Wert für das Land ist. Da Amerika einen Ausfuhrüberschuss hat, können die Schuldnerstaaten ihre Zinsen nicht mit Waren bezahlen und deshalb sind in den letzten Jahren große Mengen Gold nach den Vereinigten Staaten geflossen. Aber das Land weiß nicht, was es mit diesem goldenen Ueberfluß anfangen soll. Wie man die eingeströmten Goldmengen in den USA auszugeben, so trat bald infolge der Vermehrung der Umlaufmittel eine Goldinflation ein. D. h. es würden sich dieselben Erscheinungen zeigen, die wir während der Zeit der Vorkriegsinflation in Deutschland erlebt haben. Deshalb werden die Goldmengen zum großen Teil von den amerikanischen Banken zurückgehalten, wo sie vollkommen tot daliegen. Amerika kann sein Gold nur verwerten, wenn es neue Anlagemöglichkeiten findet. Natürlich wollen die Amerikaner ihr Kapital nicht aufs Spiel setzen, sie sind auf der Suche nach zuverlässigen Schuldnern, von denen sie Kapital und Zinsen wiederbekommen. Europa und insbesondere Deutschland ist aber so lange nicht kreditwürdig, wie die Reparationsfrage noch nicht befriedigend gelöst ist und die Gefahr besteht, daß sie zum Anlaß von neuen wirtschaftlichen Katastrophen wird. Deswegen das amerikanische Drängen auf eine wirtschaftlich vernünftige Lösung der Reparationsfrage.

Tabei kommt es den Amerikanern nicht darauf an, daß Sanktionen unter allen Umständen ausgeschlossen sind. Von ihrem Standpunkt aus ist es nur notwendig, daß für den Fall von Sanktionen die Sicherheit des von ihnen angelegten Geldes gegeben ist. Das aber haben die Amerikaner in London durchgesetzt. Wenn es ja wieder zu Sanktionen kommen sollte, dann müßten die Einzahlungen aus den Sanktionen zunächst zur Verzinsung und Tilgung der Reparationsanleihe von 800 Millionen Mark verwendet werden, deren Zustandekommen die Voraussetzung für das Inkrafttreten des ganzen Sachverständigengutachtens ist. Wie in der Presse gemeldet wird, hat sich Morson auch schon bereit erklärt, von dieser 800-Millionen-Anleihe die Hälfte zu zeichnen.

Daß die amerikanischen und sonstigen Kapitalisten, die sich an dieser Anleihe beteiligen, ein gutes Geschäft dabei zu machen versuchen, ist selbstverständlich. Man spricht davon, daß sich die Kosten der Anleihe auf 10 Prozent stellen werden. Dem deutschen Volk kann es ziemlich gleichgültig sein, wie hoch Zinsen und Tilgung dieser Anleihe angesetzt werden. Auch wenn die Reparationsanleihe sehr teuer wird, ergibt sich daraus wenigstens zunächst keine Mehrbelastung des deutschen Volkes, denn die Zahlungen Deutschlands sind durch die von dem Sachverständigenauschuß vorgelegenen Summen nach oben begrenzt und die Zinsen für die Reparationsanleihe müssen aus diesen Beträgen bezahlt werden.

It durch das Zustandekommen des Sachverständigengutachtens das Vertrauen auf Deutschlands Zukunft in der Welt gestärkt, so ist anzunehmen, daß außer den 800 Millionen noch weiteres Auslandskapital nach Deutschland fließt. Das ist aber für unsere Volkswirtschaft sehr notwendig und auch im Interesse der Arbeiterklasse recht wünschenswert. Die gegenwärtige Krise, die zu einer immer stärkeren Arbeitslosigkeit zu führen droht, ist zum guten Teil auf Kapitalmangel zurückzuführen. Dem Streben der Arbeiterklasse nach einer Besserung ihrer Lage stehen dort starke Hemmnisse entgegen, wo Kapitalmangel und Kreditmangel herrschen. Die Unternehmer sind dann genötigt, wie das auch bei uns der Fall ist, für ihr Betriebskapital hohe Zinsen zu zahlen, und sie haben, wenn es irgend geht, die Mehrbelastung bei der Eingehaltung durch einen Druck auf die Löhne herauszuholen. Solange Kapitalmangel besteht, müssen die Betriebe vielfach stark eingeschränkt werden. Die Einführung neuer Unternehmungen oder die Erweiterung bestehender ist kaum möglich. Das muß einen ungünstigen Einfluß auf das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt ausüben, während umgekehrt ein starkes Kapitalangebot dazu beitragen kann, die Nachfrage nach Arbeitern zu erhöhen und so den Kampf der Arbeiterklasse um höhere Löhne zu erleichtern. So groß die Gegenüberstellung Kapital und Arbeit auch sind, hier haben die deutschen Arbeiter dasselbe Interesse wie die ausländischen Kapitalisten, die ihr Geld in Deutschland gewinnbringend anlegen

wollen. Der deutsche Arbeiter muß wünschen, daß die Kreditwürdigkeit Deutschlands im vollen Umfange wieder hergestellt wird. Das ist einer der Gründe, der die deutschen Arbeiter wünschen lassen muß, daß die Vorschläge des Sachverständigengutachtens durchgeführt werden.

Da die meisten Länder, denen besonders an einem Zustandekommen des Sachverständigengutachtens gelegen ist, England und Amerika, sich vor allem von wirtschaftlichen Gründen leiten lassen, so ist es verständlich, daß die Fragen der militärischen Ruhrbesetzung in London überhaupt nicht behandelt werden. Was man in England und Amerika auch der Meinung sein, daß die Ruhrbesetzung ein Rechtsbruch ist, ist es nicht damit rechnen, daß sich England und Amerika deswegen in große Unkosten stürzen. Der Wehrhaß der Engländer und Amerikaner wird es ziemlich gleichgültig sein, ob französische Truppen mit Recht oder Unrecht an der Ruhr stehen.

Ein verhängnisvoller Irrtum wäre es, wenn wir uns einbilden, wir würden in England und Amerika Unterstützung finden, falls wir die Räumung des Ruhrgebietes als Vorbedingung für die Annahme des Sachverständigengutachtens forderten. Wahrscheinlich ist vielmehr, daß wir uns zu einem Teil die Sympathie der Engländer und Amerikaner verdienen, wenn wir auf diese Weise dem Zustandekommen des Sachverständigengutachtens Schwierigkeiten machen, und so wäre auf diese Weise für Deutschland nichts gewonnen. Deutschland würde sich nur aufs neue isolieren und es blieben nicht nur die französischen Besatzungstruppen, sondern es blieben auch die wirtschaftlichen Beschränkungen und die Kosten, die uns jetzt auf Grund der Ricombeträge auferlegt sind.

Wehr denn je gilt es jetzt für Deutschland, ruhig Blut zu bewahren. Wir sind jetzt der Entente gegenüber die Schwächeren; eine Tatsache, die man durch große Worte nicht aus der Welt schaffen kann. Das Sachverständigengutachten bringt uns sicher nicht den Himmel auf Erden, sondern sehr schwere Lasten, an denen wir jahrzehntlang zu tragen haben werden. Aber durch das Sachverständigengutachten wird die ganze Reparationsfrage endlich einmal auf eine vernünftige wirtschaftliche Basis gestellt. Würde kein Zustandekommen durch das leichtfertige Geldrei der Nationalisten und Kommunisten, die Sehnacht nach neuen Katastrophen haben, verhindert, so wäre das ein Unglück für das deutsche Volk, das wir in Jahrzehnten kaum wieder gutmachen könnten.

Bürgerliche Parteien und Erwerbslosennot

SPD. Im Hauptauschuß des Reichstags begründete am Montag bei der Regelung der Verträge der Erwerbslosen und der Abfindungsrenten der Kriegsbekämpften unter 20 Prozent Genosse doch einen sozialdemokratischen Antrag, die Aufsichtsratsrenten von 20 auf 100 Prozent zu erhöhen. Dadurch soll die Deckung geschaffen werden für die vom Sozialpolitischen Ausschuss beantragte Erhöhung der Familienzulage der Erwerbslosen um 100 Prozent, die der Reichsfinanzminister am Sonnabend mangels Deckung abgelehnt hatte. Reicht diese Deckung nicht aus, so soll der Rest von den Berufsvereinigungen entsprechend ihren Mitgliedsbeiträgen unter Anschluß der Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten aufgebracht werden. Der deutsche nationale Abg. R. um lehnte den sozialdemokratischen Antrag ab, weil dann überhaupt keine Tantiemen mehr ausgeschüttet würden. Demgegenüber unterrichtete Genosse Hert, daß diese Steuer die denksamer sozialistische Partei und zugleich das Unrecht der Aufsichtsräte an den Aktionären wieder aufzuheben geeignet sei. Schon deshalb sei der sozialistische Antrag der Sozialdemokratie gerechtfertigt. Vom Reichsfinanzministerium erbat er Aufklärung über die merkwürdige Tatsache, daß nach den amtlichen Ausweisen über Steuererhebungen die Landwirtsch. an Landabgabe 12 Millionen Goldmark mehr zu zahlen habe, als überhaupt entrichtet worden sei. Die sozialdemokratische Aktion werde im Falle der Ablehnung ihres Antrages durch neue Anträge den Weg zeigen, auf dem die Familienzulage der Erwerbslosen um 100 Prozent erhöht werden könnten. Für die Reichstags erklärte Müller, daß sie sich die Zustimmung zu der Aufsichtsratsrenter vorbehalten werden. Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Familienzulage um 100 Prozent mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und Reichstags abgelehnt und ein Antrag des Zentrums auf Erhöhung der Familienzulage um 50 Prozent angenommen.

Beschlüsse des Rechtsausschusses

SPD. Der Rechtsausschuß des Reichstags stimmte am Montag einem Antrag seines Unter Ausschusses auf Wiederaufnahme des Verfahrens über die Rechte der bayerischen Volksgenossen zu. Der Entwurf dieses Gesetzes, gegen das sich auch im Unter Ausschusse der Vertreter der bayerischen Regierung mit aller Entschiedenheit ausgesprochen hatte, steht im einzelnen dar, daß gegenüber den Urteilen der bayerischen Volksgenossen die Wiederaufnahme des Verfahrens stattfinden soll. Die Wiederaufnahme gegen die Reurteilungen findet auch dann statt, wenn aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen die Feststellung der Sache im ordentlichen Verfahren notwendig erscheint. Aber den Antrag auf Wiederaufnahme entschied die Strafkommission oder der Hauptzuständige der Landgerichte auf sofortige Vernehmung des Reichsgericht. Wenn die erneute Hauptver-

handlung vor dem Amtsgerichte stattfindet, so kann die Staatsanwaltschaft die Hinzuziehung eines zweiten Richters beantragen. Bei der Aussprache über die Aufhebung der Ausnahmezustände in Bayern und im Reich wandte sich der bayerische Gesandte v. Proger mit aller Schärfe gegen die Aufhebung; solange die kommunistische Partei den gewalttätigen Umsturz der Verfassung predige, müsse auf Grund außerordentlicher Befehle gegen sie vorgegangen werden. Für das Reichsministerium des Innern erklärte Staatssekretär Zweigert, daß bei den Besatzungsverboten auf Grund der Presseverordnungen mit der größten Zurückhaltung vorgegangen worden sei. Eine neue Verordnung, die das Verbot auch für Kopfschläger vorzieht, sei notwendig geworden, damit die Verlage das Verbot nicht weiterhin umgehen könnten. Die kommunistische Presse habe in letzter Zeit die Aufforderung zum Hochverrat oft zu vermeiden gesucht, dagegen zur Aufhebung gegen die Staatsordnung und zu Gewalttätigkeiten aufgefordert. Wegen dieser strafbaren Handlungen bleibe die letzte Verordnung eine Landgabe. Die Verordnungen seien notwendig, um zu verhindern, daß der Geist der offenen Gewalt aus den Redaktionsstuben staatsfeindlicher Kreise in das Volk dringe und dort Unheil stifte.

Die Vertreter der Sozialdemokraten, den Kommunisten und der Nationalsozialisten sprachen sich für unabhängige Aufhebung der Ausnahmebestimmungen aus. Deutsche Volkspartei, Zentrum und Bayerische Volkspartei waren gegen die Aufhebung, die Deutschnationalen verwarfen zwar den Ausnahmezustand, erklärten aber die Maßnahmen Bayerns als einwandfrei. Angenommen wurde ein Antrag auf Aufhebung der letzten Presseverordnung des Reichspräsidenten. Annahme fand ferner eine Entschließung, die die Reichsregierung ersucht, bei der bayerischen Regierung darauf hinzuwirken, daß die Verordnung des Generalstaatskommissars u. a. Maß, die die Herstellung und Verbreitung kommunistischer Zeitungen und Zeitschriften unter Strafe stellt, außer Kraft gesetzt wird. Schließlich wurde ein Antrag des Nationalsozialisten Graefe angenommen, alle von der Reichsregierung oder von Landesregierungen ergangenen Verbote politischer Parteien aufzuheben.

Beratungen

der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Montag nach einem Bericht des Genossen Hermann Müller mit der inner- und außenpolitischen Lage. Im Verlauf der Debatte kam übereinstimmend zum Ausdruck, daß innerhalb der Arbeiterklasse über die Politik der Regierung, insbesondere die Zollfrage und ihre Haltung zur Arbeitszeitfrage, große Erregung herrscht. Die vom Fraktionsvorstand inzwischen eingereichte Intervention über die Ratifikation des Washingtoner Abkommens wurde allgemein begrüßt. Die Fraktionsberatungen werden im Laufe der nächsten Tage fortgesetzt.

ite 8
kleine
ingstr. 8.
enstr. 80.
enstr. 16.
enstr. 14.
enstr. 48.
ustr. 11.
enstr. 20.
enstr. 32.
r. 14.
enstr. 22.
2. Nr.
n. Schu-
r. 18.
e. 22.
r-Rünn-
e. 22.
Raube-
str. 24.
10. Hof-
35. Hof-
Str.
enstr. 3.
). Hof-
aff. Wmo-
Str. 17.
Str. 19.
4. Hof-
ff. Wfo-
enstr. 81.
125.
19. Hof-
debrand.
Reunig.
Reignat
90.
16 472)
Richard
Dresden-
Taschen-
mischen-
S; Maria
g. Bahn-
Wilhelm
Str. 20.
Witten.
r. 100 B.
r. Wlbin
Dresden-
Geßler
abgelehnt
e Strauß
ungstheil
n; r. urt
oben.
no, Er-
uale
e ein an-
al Fach-
rat- und
diplomatis-
id
:.
isig
atret
von
ilt
ist
r. 19
446